

**Auftrag von Ballmoos betreffend neues Beschulungskonzept für Flüchtlingskinder**

Die Beantwortung der Anfrage von Ballmoos betreffend Evaluation Schulen in Kollektivunterkünften brachte anlässlich der Junisession 2025 zutage, dass viele durch den Kanton kollektiv untergebrachte Kinder teils mehrere Jahre in einer der durch den Kanton geführten Schulen verbringen müssen. Von 166 Kindern betraf dies 35 zwischen einem und zwei Jahren und 40 Kinder sogar für mehr als zwei Jahre.

Im Juni 2025 bilateral nachgefragte Zahlen ergaben zudem, dass von Total 207 schulpflichtigen Kindern in Kollektivstrukturen des Amtes für Migration und Zivilrecht nur gerade 18 Prozent von einem externen Schulträger beschult werden. Darüber hinaus zeigten die Zahlen, dass 84 Prozent der 207 Kinder in einer einzigen Gemeinde, nämlich in Chur, kollektiv untergebracht sind. Für jede Schulträgerschaft alarmierend muss folgende Aussage des Amtes für Migration und Zivilrecht gegenüber der Stadt Chur sein: «Für Kinder in Kollektivstrukturen besteht folglich ein Anspruch auf Schulbesuch der Regelschule in der Gemeinde, in der die Kollektivunterkunft liegt».

Im Rahmen der Fragestunde zur Oktobersession 2025 erkundigte sich Grossrat Degiacomi nach der Umsetzung des Kindergarten-Obligatoriums in den Kollektivschulen des Kantons. Nachdem die Antwort der Regierung ausweichend erfolgte, wurde beim EKUD eine Nachfrage gestellt. Diese ergab, dass zwei Kinder monatelang nicht beschult wurden und dass eine Kindergartenklasse trotz Obligatorium aufgrund eines Lehrpersonenausfalls ebenfalls tagelang nicht beschult wurde.

Offensichtlich führt das Bündner Konzept zur Unterbringung und Beschulung von Schulkindern aus dem Asylbereich zu noch deutlich mehr Problemstellungen als bei einem Vorstoss im Jahr 2019 angenommen. Andere Kantone gehen andere Wege und schaffen es, diese Kinder konsequent über den Kanton zu verteilen und in nützlicher Frist in die öffentlichen Schulen zu integrieren; dies ohne die Verantwortung an die Gemeinden zu delegieren.

Die Regierung wird beauftragt, das Bündner Konzept zur Unterbringung und Beschulung von schulpflichtigen Kindern aus dem Asylbereich anderen Konzepten gegenüberzustellen und ein neues Konzept zu erarbeiten. Dieses soll eine übermässige Belastung von einzelnen Schulträgern mit schulpflichtigen Kindern aus dem Asylbereich verhindern und sicherstellen, dass die Kinder möglichst schnell, aber spätestens nach einem Jahr, in einer öffentlichen Schule mit der lokalen Schulsprache unterrichtet werden und dass die Schulträger für den Mehraufwand angemessen entschädigt werden. Gegebenenfalls sind dem Grossen Rat die dafür notwendigen Gesetzesänderungen zu unterbreiten.

Chur, 10. Dezember 2025

**von Ballmoos**, Degiacomi, Epp, Adank, Altmann, Atanes, Bachmann, Bardill, Biert, Bischof, Bisculm Jörg, Caluori, Caviezel, Collenberg, Cortesi, Danuser (Chur), Das, Derungs, Gianelli, Gredig, Hoch, Hohl, Holzinger-Loretz, Kappeler, Kreiliger, Mani, Mazzetta, Nicolay, Oesch, Preisig, Rageth, Rusch Nigg, Rutishauser, Said Bucher, Schläpfer, Schneider, Stiffler, Thür-Suter, Zaugg-Ettlin, Zindel



Sitzung vom

24. Februar 2026

Mitgeteilt den

26. Februar 2026

Protokoll Nr.

141/2026

### **Auftrag von Ballmoos**

betreffend neues Beschulungskonzept für Flüchtlingskinder

### **Antwort der Regierung**

Die Führung der Volksschule ist grundsätzlich Aufgabe der Gemeinden. Gemäss Art. 39 des Gesetzes für die Volksschulen des Kantons Graubünden (Volksschulgesetz; BR 421.000) kann die Regierung für die Schulung von Kindern vorläufig Aufgenommener, Asylsuchender oder Fahrender Anordnungen treffen, die von den ordentlichen Bestimmungen abweichen. Gestützt darauf wurde das Konzept zum Betrieb von Schulen in Kollektivunterkünften (Schulkonzept) erlassen und letztmals am 25. Juni 2024 durch die Regierung angepasst. Diese Anpassung erfolgte u.a. auch mit dem Ziel, die Standortgemeinden mit Kollektivunterkünften (KU) zu entlasten. Fehlen im Schulkonzept abweichende Regelungen, gilt das Volksschulgesetz sinngemäss auch für Schulen und Kindergärten in KU. Ziel der Schulen in KU ist es, die Kinder gezielt auf einen Übertritt in die Regelschulen vorzubereiten. Ein Übertritt erfolgt erst bei ausreichenden schulischen, sozialen und sprachlichen Kompetenzen. Entscheide über Schulort und Zeitpunkt des Übertritts in die Regelschule erfolgen auf Basis eines Expertenurteils der Lehrpersonen und der Schulleitung. Nach positiver Beurteilung besteht ein Rechtsanspruch auf Übertritt in die Volksschule. Die Aufnahme eines Kindes aus einer Schule einer KU ist für die Schulträgerschaft der Regelschule ausserhalb des KU-Standorts freiwillig. Mehrere Schulträgerschaften ausserhalb des Standorts der KU zeigen sich erfreulicherweise bereit, Kinder und Jugendliche in die Regelschule aufzunehmen. Kommt keine Einigung im Perimeter der KU zustande, liegt die Durchsetzung der Schulpflicht bei der Wohngemeinde, wobei die Regierung angesichts der kantonalen Vorleistungen in einem Aufgabengebiet der Gemeinden mit einer kooperativen Zusammenarbeit rechnet.

Das Schulkonzept gilt ausschliesslich für Kinder in kantonalen KU (Asylverfahren, vorläufig Aufgenommene, Schutzstatus S). Schulpflichtige Kinder mit Flüchtlingsstatus sind nicht erfasst und besuchen die Regelschule der Wohngemeinde, da Flüchtlinge den Wohnort innerhalb des Kantons frei wählen können.

Der Kanton betreibt derzeit 18 KU mit rund 1 120 Personen, darunter 191 schulpflichtige Kinder, wovon 29 Kinder eine Regelschule besuchen. Zurzeit werden folgende Standorte zum Wohnen für Familien mit schulpflichtigen Kindern in Kollektivunterkünften geführt: Davos/Laret, Trimmis und Chur. Die Schulstandorte befinden sich in Davos/Laret, Schiers, Trimmis Bahnhöfli, Trimmis Buschbizerba, Chur Tittwiesenstrasse, Chur Kantonsschule und Rothenbrunnen. Die Zahl der schulpflichtigen Kinder aus diesen Unterkünften ist schwankend und bewegt sich seit dem Ausbruch des Ukraine-Kriegs im Rahmen von ca. 200 Schülerinnen und Schülern. Die oben erwähnten 29 Kinder, sind auf folgende Schulträgerschaften verteilt (Stichtag: 24.02.2026): Chur (9), Churwalden (1), Davos (4), Domat-Ems (1), Felsberg (2), Landquart (2), Maienfeld (2), Roveredo (3), Untervaz (1), Zizers (2) und Sonderschulinstitutionen (2). Zur finanziellen Entlastung der Schulträgerschaft übernimmt der Kanton die Kosten für Kinder aus einer KU, die eine Regelschule besuchen. Die pro Schuljahr und Kind pauschal abgedeckten Kosten betragen ab dem 1. August 2025 12'103 Franken für Kindergarten und Primarstufe und 17'501 Franken für die Sekundarstufe I.

Im Jahr 2022 evaluierte das Amt für Volksschule und Sport (AVS) die Schulen der KU. Die Ergebnisse der Evaluation bestätigten die erfolgreiche Umsetzung des bestehenden Schulkonzepts. Die Schulen in den KU haben sich über viele Jahre bewährt und wirken entlastend auf die öffentliche Volksschule. Dies zeigen auch die positiven Rückmeldungen zahlreicher Schulträgerschaften. Eine zu schnelle direkte Integration von schulfremden Kindern aus KU könnten die Volksschulen überfordern.

Die Umsetzung des Schulkonzepts ist eng mit der Unterbringungsstrategie verknüpft, die auf einer verfahrensabhängigen Unterbringung in kantonalen KU beruht. Gesetzlich vorgesehen ist eine Verteilung auf die Gemeinden erst, wenn die kantonalen Kapazitäten nicht ausreichen. Bisher konnte davon abgesehen werden, obwohl die Zahl der Zuweisungen stark gestiegen und schwankend ist.

Die im Auftrag genannten Einzelfälle wurden in der Anfrage transparent erläutert: Ein Kind mit Flüchtlingsstatus fällt nicht in die Zuständigkeit des AFM; bei einem weiteren Kind verzögerte sich der Kindergarteneintritt aus medizinischen Gründen; in einem Kindergarten in Chur kam es wegen eines unerwarteten Lehrpersonenausfalls für

wenige Tage zu Unterrichtsunterbrüchen, die rasch behoben wurden. Solche Einzelfälle können vorkommen, stellen das Schulkonzept jedoch nicht infrage.

In vielen Kantonen erfolgt die Beschulung von Kindern aus dem Asylbereich in den Schulen der Aufhaltungsgemeinden, teils nach einer kurzen Phase in kantonalen Zentren. Die Schulhoheit liegt dabei überwiegend bei den Gemeinden, während der Kanton meist nur befristet finanziert oder koordiniert. Die Behauptung, andere Kantone integrierten ohne Delegation an die Gemeinden, ist daher unzutreffend.

Die Bereitstellung von passenden Unterkünften, Schulräumen und qualifiziertem Lehrpersonal gestaltet sich regional sehr unterschiedlich und wird durch schwankende Schülerzahlen zusätzlich erschwert. Eine gleichmässige kantonsweite Verteilung würde eine Abkehr von der heutigen Unterbringungsstrategie bedeuten. Bei einem Wechsel zu einem Erstphasenmodell mit fixem Verteilschlüssel würden Kinder aus dem Asylbereich nur während rund eines Jahres in KU beschult. Erfahrungswerte zeigen, dass dabei nur noch 25–40 % der derzeit rund 1 120 Personen in kantonalen Zuständigkeit verblieben. Ein Systemwechsel würde somit keine Entlastung bringen, sondern zu einer dauerhaften Mehrbelastung aller Gemeinden führen, da die Personen aus dem Asylbereich auf alle Gemeinden verteilt werden würden. Die Gemeinden müssten dann Aufgaben in den Bereichen Unterbringung, Betreuung und Beschulung wahrnehmen.

Aufgrund dieser Ausführungen beantragt die Regierung dem Grossen Rat, den vorliegenden Auftrag abzulehnen.



Namens der Regierung

Der Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "M. Bühler".

Martin Bühler

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to be "D. Spadin".

Daniel Spadin

**Incumbensa von Ballmoos concernent in nov concept per instruir uffants fugitivs**

Cun la resposta a la dumonda von Ballmoos concernent l'evaluaziun da las scolas en alloschis collectivs ch'è vegnida dada a chaschun da la sessiun da zercladur 2025, èsi vegnì a la glisch, che blers uffants ch'il chantun ha collocà en alloschis collectivs, ston ir a scola durant per part plirs onns en ina da questas scolas ch'il chantun maina. Dals 166 uffants han 35 stui far quai durant 1 fin 2 onns e 40 uffants perfin durant pli che 2 onns.

Il zercladur 2025 han cifras eruidas bilateralmain mussà, che mo 18 pertschient dals totalmain 207 uffants da scola ch'èn collocads en las estructuras collectivs da l'Uffizi da migraziun e da dretg civil, vegnan instruids d'in purtader da scola extern. Plinavant han las cifras mussà, che 84 pertschient dals 207 uffants èn collocads en in alloschi collectiv d'ina unica vischnanca, numnadamain da Cuira. In fatg alarmant per mintga purtader da scola sto esser la suandanta infurmaziun che l'Uffizi da migraziun e da dretg civil ha communitgà a la citad da Cuira: «Ils uffants en estructuras collectivs han pia il dretg da frequentar la scola regulara en la vischnanca, nua che l'alloschi collectiv sa chatta».

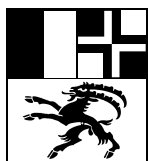
En il rom da l'ura da dumondas durant la sessiun d'october 2025 è il deputà Degiacomi s'infurmà davart la realisaziun da l'obligatori da scolina en las scolas collectivs dal chantun. Suenter la resposta evasiva da la Regenza è vegnida inoltrada anc ina giada ina dumonda al DECA. Quel ha inditgà, che dus uffants n'èn betg vegnids instruids durant plirs mais e ch'ina classa da scolina n'è – malgrà l'obligatori – medemamain betg vegnida instruida durant plirs dis, quai pervia da l'absenza d'ina persuna d'instrucziun.

Apparentamain chaschuna il Concept grischun per la collocaziun e l'instrucziun d'uffants da scola dal sector d'asil anc bler dapli problems che supponì en connex cun l'intervenziun da l'onn 2019. Auters chantuns van autras vias e dumognan la sfida da reparter quests uffants consequentamain sin l'entir territori chantunal. Er vegnan els d'integrar quests uffants entaifer in temp util en las scolas publicas, e quai senza delegar la responsabladad a las vischnancas.

La Regenza vegn incumbensada da cumparegliar il Concept grischun per la collocaziun e l'instrucziun d'uffants da scola dal sector d'asil cun auters concepts e d'elavurar in nov concept. Quel duai impedir che singuls purtaders da scola vegnian engrevgiads sproporzionadamain cun uffants da scola dal sector d'asil e procurar, ch'ils uffants vegnian instruids uschè svelto sco pussaivel, dentant il pli tard suenter in onn, en ina scola publica cun la lingua da scola locala. Er duain ils purtaders da scola vegnir indemnissads commensuradamain per la lavur ed ils custs supplementars. Sche necessari ston vegnir sutmessas al Cussegl grond las midadas da lescha ch'i dovra per quest intent.

Cuira, ils 10 da december 2025

**von Ballmoos**, Degiacomi, Epp, Adank, Altmann, Atanes, Bachmann, Bardill, Biert, Bischof, Bisculm Jörg, Caluori, Caviezel, Collenberg, Cortesi, Danuser (Cuira), Das, Derungs, Gianelli, Gredig, Hoch, Hohl, Holzinger-Loretz, Kappeler, Kreiliger, Mani, Mazzetta, Nicolay, Oesch, Preisig, Rageth, Rusch Nigg, Rutishauser, Said Bucher, Schläpfer, Schneider, Stiffler, Thür-Suter, Zaugg-Ettlin, Zindel



Sesida dals

Communitgà ils

Protocol nr.

24 da favrer 2026

26 da favrer 2026

141/2026

### **Incumbensa von Ballmoos**

concernent in nov concept per instruir uffants fugitivs

### **Resposta da la Regenza**

Da princip han las vischnancas l'incumbensa da manar la scola populara. Tenor l'art. 39 da la Lescha davart las scolas popularas dal chantun Grischun (Lescha davart las scolas popularas; DG 421.000) po la Regenza prender mesiras che divergeschan da las disposiziuns ordinarias per la scolaziun d'uffants da persunas ch'èn admessas provisoricamain, da requirentas e requirents d'asil ubain da persunas cun moda da viver nomada. Sa basond sin quai è vegnì relaschè il concept per manar scolas en alloschis collectivs (concept da scola). Ils 25 da zercladur 2024 ha la Regenza adattà l'ultima giada quest concept, quai tranter auter cun la finamira da distgargiar las vischnancas cun alloschis collectivs. Sch'il concept da scola na cuntegna naginas regulaziuns divergentas, vala la Lescha davart las scolas popularas conform al senn er per las scolas e scolinas en alloschis collectivs. La finamira da las scolas en alloschis collectivs è quella, da preparar ils uffants cun cleras intenziuns per la midada en la scola regulara. Questa midada vegn fatga pir, cura che las cumpetenzas da scola, socialas e linguisticas èn suffizientas. Las decisiuns davart il lieu da scola ed il mument da la midada en la scola regulara vegnan prendidas sin basa d'ina expertisa da las persunas d'instrucziun e da la direcziun da scola. Sche l'expertisa è positiva, ha l'uffant il dretg da midar en la scola populara. Il purtader d'ina scola regulara che sa chatta ordaifer la vischnanca da l'alloschi collectiv po decider sez, sch'el vul recepir in uffant d'ina scola d'in alloschi collectiv. Ins po constatar cun plaschair che plirs purtaders da scola ordaifer il lieu da l'alloschi collectiv èn pronts da recepir uffants e giuvenils en la scola regulara. Sch'i na dat nagina enclegientscha en il perimeter da l'alloschi collectiv, sto la vischnanca da domicil far valair l'obligaziun d'ir a scola. En vista a las prestaziuns preliminaras chantunalas a favur d'in champ d'incumbensas da las vischnancas quinta la Regenza dentant cun ina collavuraziun cooperativa.

Il concept da scola vala mo per ils uffants en alloschis collectivs chantunals (persunas en proceduras d'asil, persunas admessas provisoricamain, persunas cun status da protecziun S). Quest concept na cumpiglia betg ils uffants fugitivs ch'èn obligads d'ir a scola. Els frequentan la scola regulara da la vischnanca da domicil. Entaifer il chantun pon ils fugitivs numnadamain tscherner libramain lur domicil.

Actualmain maina il chantun 18 alloschis collectivs cun circa 1120 persunas. 191 da quellas èn uffants obligads d'ir a scola, 29 d'els frequentan la scola regulara. Per il mument maina il chantun alloschis collectivs per famiglias cun uffants obligads d'ir a scola en ils suandants lieus: Tavau/Laret, Trimmis e Cuir. Ils lieus da scola èn a Tavau/Laret, Schiers, Trimmis Bahnhofli, Trimmis Buschbizerba, Cuir Tittwiesenstrasse, Cuir Scola chantunala e Giuvaulta. Il dumber d'uffants ch'èn obligads d'ir a scola en quests alloschis variescha e sa mova – dapi che la guerra en l'Ucraina ha cumenzà – en il rom da ca. 200 scolaras e scolars. Il november 2025 eran quai 196 scolaras e scolars, da quels èn 27 uffants entrads en la scola publica. Quests 29 uffants menziunads qua survart èn vegnids repartids sin ils suandants purtaders da scola (di da referenza: 24-02-2026): Cuir (9), Churwalden (1), Tavau (4), Domat (1), Favugn (2), Landquart (2), Maiavilla (2), Roveredo (3), Vaz Sut (1), Zizers (2) e sin instituziuns da la scola speziala (2). Per distgargiar finanzialmain ils purtaders da scola surpiglia il chantun ils custs per ils uffants d'in alloschi collectiv, che frequentan ina scola regulara. Dapi il 1. d'avust 2025 importan ils custs cuvrids per uffant e per onn da scola pauschalmain 12 103 francs per la scolina ed il stgalim primar e 17 501 francs per il stgalim secundar I.

L'onn 2022 ha l'Uffizi per la scola populara ed il sport (USS) evaluà las scolas dals alloschis collectivs. Ils resultats da l'evaluaziun han confermà, ch'il concept da scola existent vegn realisà cun success. Las scolas en ils alloschis collectivs èn sa cumpravadas sur blers onns e distgargian las scolas popularas publicas. Quai mussan er ils resuns positivs da divers purtaders da scola. Sch'ils uffants nunscolads che vivan en alloschis collectivs, vegnan integrads memia svelt directamain en las scolas popularas, pudess quai surdumandar talas.

La realisaziun dal concept da scola è collià stretgamain cun la strategia da collocaziun che sa basa sin ina collocaziun en alloschis collectivs chantunals, che dependa d'ina procedura. Tenor la lescha è ina repartiziun sin las vischnancas prevista pir, cura che las capacitads chantunalas na bastan betg pli. Fin ussa han ins pudì desister da quai, cumbain ch'il dumber d'attribuziuns è s'augmentà fitg e variescha fermamain.

Ils cas singuls ch'èn menziunads en l'incumbensa, èn vegnids explitgads en moda transparenta en la dumonda: In uffant fugitiv na tutga betg en la cumpetenzza da l'Uffizi da migraziun e da dretg civil (UFAM); tar in ulteriur uffant è l'entrada en scolina sa retardada per motivs medicinal; en ina scolina a Cuir hai dà interrupziuns da l'instrucziun durant paucs dis, perquai ch'ina persuna d'instrucziun è crudada ora nunspetgadain; ins ha svelt chattà ina soluziun. Tals cas singuls pon capitar, na mettan dentant betg en dumonda il concept da scola.

En blers chantuns vegnan uffants dal sector d'asil instruids en las scolas da las vischnancas da dimora, per part suenter ina curta fasa en centers chantunals. En quest connex han las vischnancas per regla la suveranità da scola, entant ch'il chantun porscha savens mo per in tschert temp sustegn finanziel u lavur da coordinaziun. La pretaisa, che auters chantuns fetschian l'integraziun senza delegar quella a las vischnancas, n'è perquai betg correcta.

Tranter las regions datti grondas differenzas en connex cun metter a disposiziun alloschis adattads, locals da scola e persunal d'instrucziun qualifitgà. Engrevgià vegn quest fatg supplementarain tras il dumber fitg variabel da scolaras e scolar.

Sch'ins faschess ina repartiziun eguala sin l'entir territori chantunal, stuess ins renunziar a la strategia da collocaziun actuala. Sch'ins midass ad in model d'emprima fasa cun ina clav da repartiziun fixa, vegnissan ils uffants dal sector d'asil instruids mo durant circa 1 onn en in alloschi collectiv. Valurs d'experienscha mussan, che mo pli 25–40 % da las var 1120 persunas actualas restassan uschia en la responsabladad dal chantun. Ina midada da sistem na purtass pia betg ina distgargia, mabain durant lungs temps grevezas supplementaras per tut las vischnancas, perquai che las persunas dal sector d'asil vegnissan repartidas sin tut las vischnancas. Plinavant stuessan las vischnancas ademplir incumbensas da collocaziun, d'assistenza e d'instrucziun.

Sa basond sin questas explicaziuns propona la Regenza al Cussegl grond da refusar questa incumbensa.



Il president:

Martin Bühler

En num da la Regenza

Il chancelier:

Daniel Spadin

**Incarico von Ballmoos concernente il nuovo piano per l'istruzione scolastica di figli di rifugiati**

Dalla risposta all'interpellanza von Ballmoos concernente la valutazione delle scuole in alloggi collettivi in occasione della sessione di giugno 2025, è emerso che molti minori collocati in alloggi collettivi dal Cantone devono frequentare talora per diversi anni una delle scuole gestite dal Cantone. Su 166 bambini, per 35 questo periodo è stato di uno-due anni e per 40 addirittura superiore a due anni.

Da dati richiesti a livello bilaterale a giugno 2025 è inoltre emerso che dei complessivi 207 bambini in età scolastica collocati in strutture collettive dell'Ufficio della migrazione e del diritto civile, solo il 18 per cento riceve un'istruzione da parte di un ente scolastico esterno. Inoltre, dalle cifre è emerso che l'84 per cento dei 207 bambini è collocato in alloggi collettivi in un unico comune, ossia Coira. La seguente dichiarazione resa dall'Ufficio della migrazione e del diritto civile alla città di Coira deve allarmare ogni ente scolastico: «I bambini collocati in strutture collettive hanno di conseguenza il diritto di frequentare la scuola regolare nel comune in cui si trova l'alloggio collettivo».

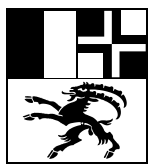
Durante l'ora delle domande della sessione di ottobre 2025, il granconsigliere Degiacomi ha chiesto informazioni sull'attuazione dell'obbligo di frequenza della scuola dell'infanzia nelle scuole collettive del Cantone. Poiché la risposta del Governo è stata evasiva, è stata in seguito presentata una domanda al DECA. Ne è emerso che per mesi due bambini non hanno potuto frequentare la scuola e che, a seguito di un'assenza tra il personale insegnante, una classe di scuola dell'infanzia è stata scoperta per giorni, nonostante l'obbligo.

Il piano grigionese per il collocamento e l'istruzione scolastica di bambini del settore dell'asilo crea evidentemente un numero di problemi ancora maggiore rispetto a quanto ipotizzato in un intervento parlamentare nel 2019. Altri Cantoni seguono approcci diversi e riescono a ripartire questi bambini in modo sistematico sul territorio cantonale e a integrarli in tempo utile nelle scuole pubbliche, senza delegare la responsabilità ai comuni.

Il Governo viene incaricato di confrontare il piano grigionese per il collocamento e l'istruzione scolastica di bambini in età scolastica del settore dell'asilo con altri piani e di elaborarne uno nuovo. Questo piano deve avere lo scopo di evitare un carico eccessivo per singoli enti scolastici con bambini in età scolastica del settore dell'asilo e di garantire che i bambini frequentino il più rapidamente possibile, tuttavia al più tardi dopo un anno, una scuola pubblica nella lingua scolastica locale e che gli enti scolastici vengano adeguatamente indennizzati per l'onere supplementare. Se del caso, al Gran Consiglio dovranno essere sottoposte le modifiche legislative necessarie.

Coira, 10 dicembre 2025

**von Ballmoos**, Degiacomi, Epp, Adank, Altmann, Atanes, Bachmann, Bardill, Biert, Bischof, Bisculm Jörg, Caluori, Caviezel, Collenberg, Cortesi, Danuser (Coira), Das, Derungs, Gianelli, Gredig, Hoch, Hohl, Holzinger-Loretz, Kappeler, Kreiliger, Mani, Mazzetta, Nicolay, Oesch, Preisig, Rageth, Rusch Nigg, Rutishauser, Said Bucher, Schläpfer, Schneider, Stiffler, Thür-Suter, Zaugg-Ettlin, Zindel



Seduta del

24 febbraio 2026

Comunicato il

26 febbraio 2026

Protocollo n.

141/2026

### **Incarico von Ballmoos**

concernente il nuovo piano per l'istruzione scolastica di figli di rifugiati

### **Risposta del Governo**

La gestione della scuola popolare è sostanzialmente compito dei comuni. Conformemente all'art. 39 della legge per le scuole popolari del Cantone dei Grigioni (legge sulle scuole popolari; CSC 421.000), per l'istruzione scolastica di figli di persone ammesse provvisoriamente, richiedenti l'asilo o nomadi, il Governo può adottare disposizioni divergenti dalle disposizioni ordinarie. Su questa base è stata emanata la strategia per l'esercizio di scuole in alloggi collettivi (strategia scolastica), che è stata adeguata l'ultima volta dal Governo il 25 giugno 2024. Questo adeguamento è stato effettuato tra l'altro anche con l'obiettivo di sgravare i comuni di ubicazione che ospitano alloggi collettivi. In assenza di regolamentazioni divergenti nella strategia scolastica, la legge sulle scuole popolari si applica per analogia anche per scuole e scuole dell'infanzia in alloggi collettivi. L'obiettivo delle scuole in alloggi collettivi consiste nel preparare in modo mirato i bambini al passaggio alle scuole regolari. Il passaggio avviene soltanto in presenza di competenze scolastiche, sociali e linguistiche sufficienti. Le decisioni relative al luogo di frequenza della scuola e al momento del passaggio alla scuola regolare vengono prese sulla base di una valutazione specialistica da parte di insegnanti e direzione scolastica. In caso di valutazione positiva, sussiste il diritto al passaggio alla scuola popolare. L'ammissione di un bambino proveniente da una scuola di un alloggio collettivo è facoltativa per gli enti scolastici della scuola regolare esterni alla sede dell'alloggio collettivo. Fortunatamente, diversi enti scolastici esterni alla sede di un alloggio collettivo sono disposti ad ammettere bambini e adolescenti nella scuola regolare. Se non si giunge a un accordo all'interno del comprensorio dell'alloggio collettivo, spetta al comune di domicilio far valere il rispetto dell'obbligo scolastico; va osservato che in considerazione delle prestazioni preliminari fornite dal Cantone in una sfera di competenza dei comuni, il Governo si attende collaborazione.

La strategia scolastica vale esclusivamente per bambini collocati in alloggi collettivi cantonali (procedura d'asilo, persone ammesse provvisoriamente, statuto di protezione S). Dato che i rifugiati possono scegliere liberamente il loro luogo di domicilio all'interno del Cantone, i bambini soggetti all'obbligo scolastico con statuto di rifugiato non sono considerati e frequentano la scuola regolare del comune di domicilio.

Il Cantone gestisce attualmente 18 alloggi collettivi che ospitano circa 1120 persone, tra cui 191 bambini in età scolastica, di cui 29 frequentano una scuola regolare. Attualmente vengono gestiti i seguenti alloggi collettivi per famiglie con bambini in età scolastica: Davos/Laret, Trimmis e Coira. Le sedi scolastiche si trovano a Davos/Laret, Schiers, Trimmis Bahnhöfli, Trimmis Buschbizerba, Coira Tittwiesenstrasse, Coira Scuola cantonale e Rothenbrunnen. Il numero di bambini in età scolastica collocati in questi alloggi è variabile e dallo scoppio della guerra in Ucraina si attesta a circa 200. I 29 bambini summenzionati sono ripartiti tra i seguenti enti scolastici (giorno di riferimento: 24.02.2026): Coira (9), Churwalden (1), Davos (4), Domat-Ems (1), Felsberg (2), Landquart (2), Maienfeld (2), Roveredo (3), Untervaz (1), Zizers (2) e strutture per l'istruzione scolastica speciale (2). Al fine di sgravare finanziariamente gli enti scolastici, il Cantone si assume i costi per bambini collocati in un alloggio collettivo che frequentano una scuola regolare. A partire dal 1° agosto 2025, i costi coperti in maniera forfettaria per anno scolastico e bambino ammontano a 12'103 franchi per la scuola dell'infanzia e il grado elementare e a 17'501 franchi per il grado secondario I.

Nel 2022, l'Ufficio per la scuola popolare e lo sport (USPS) ha svolto una valutazione delle scuole in alloggi collettivi. I risultati della valutazione hanno confermato il successo dell'attuazione della strategia scolastica esistente. Per molti anni le scuole in alloggi collettivi si sono dimostrate valide e rappresentano uno sgravio per la scuola popolare pubblica. Ciò risulta anche dai riscontri positivi giunti da numerosi enti scolastici. Un'integrazione diretta troppo rapida di bambini provenienti da alloggi collettivi potrebbe sovraccaricare le scuole popolari.

L'attuazione della strategia scolastica è strettamente legata alla strategia di collocamento, la quale si basa su un collocamento dipendente dalla procedura in alloggi collettivi cantonali. La legge prevede una ripartizione tra i comuni solo quando le capacità del Cantone non sono sufficienti. Finora è stato possibile evitare tale ripartizione nonostante il numero delle assegnazioni sia fortemente aumentato e sia soggetto a fluttuazioni.

I singoli casi menzionati nell'incarico sono stati illustrati in maniera trasparente nell'interpellanza: un bambino con lo statuto di rifugiato non rientra nella competenza

dell'UMDC; nel caso di un altro bambino l'ammissione alla scuola dell'infanzia ha subito un ritardo per motivi medici; presso una scuola dell'infanzia di Coira, a seguito dell'assenza imprevista tra il personale insegnante vi sono state interruzioni di pochi giorni delle lezioni, che sono state rapidamente risolte. Casi isolati di questo tipo possono verificarsi, ma non mettono in discussione la strategia scolastica.

In molti Cantoni l'istruzione scolastica dei bambini provenienti dal settore dell'asilo avviene nelle scuole dei comuni di soggiorno, in parte dopo un breve periodo trascorso in centri cantonali. La sovranità scolastica spetta prevalentemente ai comuni, mentre il Cantone si occupa del finanziamento o del coordinamento solo per un periodo limitato. L'affermazione secondo cui altri Cantoni procederebbero all'integrazione senza delega ai comuni non è dunque corretta.

La messa a disposizione di alloggi e aule scolastiche adeguati nonché di insegnanti qualificati varia molto da regione a regione e viene resa più difficile dalle variazioni del numero di allievi. Una ripartizione uniforme a livello cantonale significherebbe rinunciare all'attuale strategia di collocamento. In caso di passaggio a un modello di prima fase con chiave di ripartizione fissa, i bambini del settore dell'asilo frequenterebbero la scuola in un alloggio collettivo solo per circa un anno. L'esperienza mostra che solo il 25–40 % delle attuali 1120 persone circa rimarrebbe di competenza cantonale. Un cambiamento di sistema non porterebbe quindi a uno sgravio, bensì comporterebbe un onere supplementare duraturo per tutti i comuni, poiché le persone del settore dell'asilo verrebbero ripartite tra tutti i comuni. I comuni dovrebbero in questo caso assumersi compiti nei settori collocamento, assistenza e istruzione scolastica. Sulla base di quanto esposto, il Governo chiede al Gran Consiglio di respingere l'incarico in oggetto.



In nome del Governo

Il Presidente:

Martin Bühler

Il Cancelliere:

Daniel Spadin